



Sabine Dittmar, MdB

Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

„Der Pflegeberuf wird deutlich aufgewertet“ Sabine Dittmar: Neue Pflegeausbildung nimmt weitere Hürde

Berlin, 28. Juni 2018

Sabine Dittmar, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 / 22771810

Fax: +49 30 / 22776811

sabine.dittmar@bundestag.de

www.sabine.dittmar.com

Wahlkreisbüro Bad Kissingen

Spargasse 10

97688 Bad Kissingen

Telefon: +49 971 / 6994949

Fax: +49 971 / 6994950

sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Haßfurt

Marktplatz 6

97437 Haßfurt

Telefon: +49 9521 / 5048809

Fax: +49 9521 / 5048811

sabine.dittmar.ma07@bundestag.de

Bad Kissingen/Bad Neustadt/Haßfurt Der Bundestag hat jetzt endgültig den Weg für die Reform der Pflegeausbildung freigemacht. Nachdem im letzten Jahr mit dem Pflegeberufe-Reformgesetz die berufsrechtlichen Grundlagen für die neue Ausbildung gelegt wurden, regelt die jetzt verabschiedete Ausbildungs- und Prüfungsverordnung die Umsetzung durch die Schulträger und Ausbildungsbetriebe.

„Endlich steht der längst überfälligen Weiterentwicklung der Pflegeberufe nun nichts mehr im Wege“, freut sich die SPD-Bundestagabgeordnete Sabine Dittmar. „Die Rechtsverordnung beinhaltet detaillierte Vorgaben für Ausbildungsziele und Stundenaufteilung der künftig zusammengelegten Ausbildung in der Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege und schafft die Voraussetzung, damit die neue Pflegeausbildung pünktlich zum 1. Januar 2020 starten kann.“

Der neue, kompetenzorientierte Ansatz der Ausbildung erfolgte nach aktuellen pflegewissenschaftlichen und pflegepädagogischen Standards und bedeute eine wichtige Weiterentwicklung des Pflegeberufs, betont die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Die Vorgaben der Rechtsverordnung ermöglichen eine fundierte, an allen Versorgungsbereichen ausgerichtete und in den Schwerpunkten Krankenpflege, Kinderkrankenpflege sowie Altenpflege vertiefte Ausbildung. „Der Pflegeberuf wird insgesamt deutlich aufgewertet, attraktiver und besser auf künftige Herausforderungen ausgerichtet“, erklärt Sabine Dittmar.

Mit der Ausbildungsreform sollen nicht nur mehr Pflegefachkräften gewonnen, sondern auch die ungerechten Gehaltsunterschiede zwischen der Alten- und Krankenpflege ausgeglichen werden. Außerdem werde endlich bundesweit das Schulgeld abgeschafft.

„Bereits beim Pflegeberufe-Gesetz bestand unser Koalitionspartner darauf, für eine sechsjährige Übergangszeit an den spezialisierten Ausbildungen in der Kinder- und Altenpflege als zusätzliche



Wahloption festzuhalten“, sagt die SPD-Gesundheitsexpertin. Auch die Rechtsverordnung habe nur mit einem Kompromiss, der eine Schmälerung der Anforderungen an die spezialisierte Altenpflegausbildung im dritten Ausbildungsjahr beinhaltet, beschlossen werden können. Ansonsten hätte die Union nicht zugestimmt.

„Diese Änderungen sind ärgerlich, gelten aber nur für einen kleinen Teilbereich im dritten Ausbildungsjahr“, stellt Sabine Dittmar klar. Denn die SPD konnte durchsetzen, dass die erstmals definierten und ausschließlich den Pflegefachkräften vorbehaltenen Tätigkeiten davon unberührt bleiben. Die für alle verbindliche generalistische Ausbildung in den ersten beiden Ausbildungsjahren, die generalistische Kranken- und Altenpflegausbildung sowie die spezialisierte Ausbildung in der Kinderkrankenpflege sind von den Änderungen nicht betroffen.

Bis zum Start der neuen Ausbildung im Jahr 2020 müssen die Länder die Vorgaben der Verordnung noch in ihr Schul- und Hochschulrecht übernehmen. Sabine Dittmar ruft die Ausbildungsträger und Pflegeschulen in Ihrem Wahlkreis Bad Kissingen dazu auf, sich bereits jetzt auf die neue Ausbildung einzustellen. Für den Abschluss der notwendigen Kooperationsverträge vor Ort und organisatorische Änderungen seien im Gesetz Unterstützungsangebote vorgesehen. „Zur Überwindung des Fachkräftemangels müssen Politik und alle Akteure in der Pflege an einem Strang ziehen“, betont die SPD-Politikerin. Das gilt nicht nur für die beschlossene Reform der Pflegeausbildung, sondern auch für die nächsten Schritte, die im Rahmen der in Kürze beginnenden Konzertierte Aktion Pflege vereinbart werden sollen.